

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökyak Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/4008 –**

Ausprägung der Krisenproteste im September 2022

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem Sommer 2022 wird in Politik und Medien mit Blick auf die steigenden Energiepreise, die hohe Inflation und die drastisch gestiegenen finanziellen Belastungen der Bevölkerung von einer möglichen Welle sozialer Proteste ab dem Herbst 2022 gesprochen. Teilweise wurden Schreckensszenarien entworfen, weil möglicher Protest durch die extreme Rechte kanalisiert werden könnte. So warnte das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI): „Es kann festgestellt werden, dass Kreise, die schon die Corona-Proteste geprägt haben, auf der Suche nach neuen Themen mit Protestpotenzial sind. (...) Je nach Entwicklung der Energieversorgungssituation und der sozialen Folgen der Kostensteigerungen ist eine Entwicklung zu einer mit den Corona-Protesten vergleichbaren Größenordnung möglich“ (<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/energiekrise-gasmangel-in-deutschland-pia-lamberty-neue-protestbewegung-ist-in-den-startloechern-li.251749>). Die Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, sprach von möglichen „Volksaufständen“, sollte sich die Krise weiter zuspitzen (<https://www.berliner-zeitung.de/news/wenn-das-gas-ausbleibt-baerbock-fuerchtet-unruhen-li.248859>), und auch die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, warnt aus sicherheitspolitischer Sicht vor möglichen sozialen Unruhen (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gaskrise-bundesinnenministerin-warnt-vor-radikalen-protesten-wegen-hoher-energiepreise/28509956.html>). Darüber hinaus verstärkten extreme Rechte, wie der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner, ihre Mobilisierungstätigkeit und traten mit eigenen Aktionen in Erscheinung (<https://www.belltower.news/kommentar-nicht-das-framing-der-identitaeren-bewegung-uebernehmen-138003/>).

Angesichts der eindringlichen Warnungen aus Regierungskreisen gehen die Fragestellerinnen und Fragesteller davon aus, dass die Sicherheitsbehörden des Bundes die Proteste systematisch analysieren.

1. Zu welchen Protesten mit Bezug auf die Energie-, Preis- und Inflationskrise ist es im September 2022 gekommen?
 - a) An welchen Orten fanden an welchem Datum die jeweiligen Proteste statt?
 - b) Wie viele Personen beteiligten sich an den jeweiligen Protesten?
 - c) Welche Organisationen und/oder Parteien haben die jeweiligen Proteste angemeldet bzw. sich an ihnen beteiligt?
 - d) Bei welchen dieser Proteste traten Rednerinnen oder Redner der extremen Rechten wie z. B. Freie Sachsen, AfD, Freie Thüringer, Reichsbürger etc. auf?

Die Fragen 1 bis 1d werden aufgrund des Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Eine quantitative, vollumfängliche Erfassung und Analyse der in Rede stehenden Protestereignisse durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) findet aufgrund des ganz überwiegend nicht-extremistischen Charakters der Demonstrationen nicht statt. Der Beobachtungsauftrag des BfV beschränkt sich auf die Teilnahme, Beeinflussung und Organisation von Protesten, Kundgebungen oder Demonstrationen durch Akteure aus den Phänomenbereichen des Rechtsextremismus sowie der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. Nichtsdestoweniger nutzen extremistische Organisationen und Einzelpersonen aus vorgenannten Phänomenbereichen gesellschaftspolitische Geschehnisse von Relevanz – wie die aktuelle Energiekrise – als Projektionsfläche zur Präsentation und Akzentuierung eigener ideologischer Inhalte und Überzeugungen. Dabei streben sie eine thematische Anschlussfähigkeit an bürgerlich-demokratische Positionen sowie deren Beeinflussung an. Dieses Vorgehen ist themenübergreifend umsetzbar, wodurch sich Parallelen und Kontinuitäten in der Organisation, Bewerbung und Durchführung von Protestveranstaltungen unabhängig von ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung ergeben.

Eine Übersicht über bekannte Proteste, die von extremistischen Akteuren aus vorgenannten Phänomenbereichen angemeldet wurden oder mit deren maßgeblicher Beteiligung stattfanden, sind in folgender Tabelle aufgeführt.

Datum	Land	Ort	Anmelder	Beteiligung	Motto	Teilnehmer
04.09.2022	NW	Köln			„Deutschland wach auf“	ca. 400
05.09.2022	TH	Gera			„Spaziergang“	ca. 1.200
05.09.2022	SN	Leipzig	„Freie Sachsen“		„Freie Sachsen unterstützen den Montagsprotest von Sören Pellmann und der Linken – Gemeinsam gegen die da oben“	ca. 1.300
05.09.2022	SN	Heidenau	„Freie Sachsen“		„Regierungsrücktritt jetzt!“	ca. 90
06.09.2022	SN	Freiberg	„Freie Sachsen“		„Freie Sachsen – Wir unterstützen den Protest!“	ca. 30
07.09.2022	SN	Dresden	„Freie Sachsen“		„Nordstream 2 sofort öffnen“	ca. 90
07.09.2022	BE	Berlin		„Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“	„24h Mahnwache für das Grundgesetz“	niedrige zweistellige TN

Datum	Land	Ort	Anmelder	Beteiligung	Motto	Teilnehmer
08.09.2022	BE	Berlin		„Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“	„Stoppt das Infektionsschutzgesetz!“	niedrige bis mittlere dreistellige TN
09.09.2022	BE	Berlin		„Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“	„Stoppt die Inflation, den Krieg und Corona-Wahn!“	ca. 1.500
12.09.2022	SN	Heidenau	„Freie Sachsen“		„Regierungsrücktritt – jetzt erst recht!“	ca. 120
12.09.2022	SN	Freital	„Freie Sachsen“		„Schluss mit dieser Energiepolitik“	ca. 700
12.09.2022	SN	Bautzen	„Freie Sachsen“		„Freie Sachsen unterstützen den Montagsprotest in Bautzen“	unbekannt
14.09.2022	SN	Dresden	„Freie Sachsen“		„Nordstream 2 sofort öffnen“	ca. 65
19.09.2022	SN	Schwarzenberg	„Freie Sachsen“		„Freie Sachsen – Gemeinschaft statt Spaltung!“	unbekannt
19.09.2022	SN	Heidenau	„Freie Sachsen“		„Regierungsrücktritt – jetzt erst recht!“	ca. 90
19.09.2022	SN	Dresden	„Freie Sachsen“		„Freie Sachsen unterstützen den Montagsprotest in Dresden!“	unbekannt
19.09.2022	SN	Freital	„Freie Sachsen“		„Schluss mit dem Energiewahnsinn!“	ca. 300
21.09.2022	SN	Dresden	„Freie Sachsen“		„Habeck – der beste Vizekanzler aller Zeiten!“	ca. 70
24.09.2022	SN	Oschatz	„Freie Sachsen“		„Protest gegen die willkürliche Wirtschaftsführung“	unbekannt
24.09.2022	NW	Leverkusen			„Gegen Waffenlieferungen, Sanktionen, Medienhetze und Corona-Fehlpolitik!“	ca. 70
26.09.2022	SN	Pirna				ca. 300
26.09.2022	SN	Aue-Bad Schlema	„Freie Sachsen“		„Nach der Freiheit jetzt unser Geld: Stoppt den großen Raubzug!“	unbekannt
26.09.2022	SN	Freital	„Freie Sachsen“		„Schluss mit dem Energiewahnsinn!“	unbekannt

2. Welche der in Frage 1 aufgeführten Proteste sind nach der Definition der Bundesregierung durch die extreme Rechte bzw. durch Formen der „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ beeinflusst?

Für die in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Veranstaltungen, die durch Akteure aus dem rechtsextremistischen Parteienspektrum angemeldet wurden, kann eine Beeinflussung angenommen werden. Die weiteren aufgeführten Veranstaltungen fanden zumindest unter maßgeblicher Beteiligung von Personen aus den Phänomenbereichen des Rechtsextremismus oder der „Verfassungs-

schutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ statt. Darüber hinaus ist es grundsätzlich möglich, dass Akteure, die den vorgenannten Spektren zugehörig sind, sich auch an anderen Demonstrationen und Protesten beteiligt haben bzw. beteiligen, die beispielsweise aufgrund der grundsätzlich nicht-extremistischen Ausrichtung der Gesamtveranstaltung nicht in der Zuständigkeit des BfV liegen.

3. Führen die Sicherheitsbehörden des Bundes eine gezielte und strukturierte Analyse des gesamten Protestgeschehens durch, wie sie laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. Oktober 2022 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/proteste-in-der-energiekrise-nur-ein-lauwarmer-herbst-18355620.html?premium>) das Land Nordrhein-Westfalen durchführt, und welche Ergebnisse brachte diese Analyse gegebenenfalls für den Monat September 2022?

Die Bundessicherheitsbehörden führen keine Analyse im Sinne der Fragestellung durch. Diesbezüglich wird auch auf die Erläuterungen zur Zusammensetzung der Protestteilnehmer in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, dass sich Rechtsextremisten aus anderen europäischen Ländern an den in Frage 1 aufgeführten Protesten beteiligt haben?
5. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, dass Rechtsextremisten aus anderen europäischen Ländern zu den in Frage 1 aufgeführten Protesten in Deutschland aufgerufen haben?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.